

KURIER

Riesenfehler auf dem Riesenradplatz

SPÖ weist Vorwürfe zurück

Die Kosten für die Neugestaltung des Prater-Vorplatzes seien laut Kontrollamt angemessen. Die Opposition fordert den Rücktritt von Stadträtin Laska.

Die Wiener SPÖ hat am Donnerstag Vorwürfe der Opposition zurückgewiesen, wonach das Kontrollamt in Sachen Riesenradplatz die Beteiligung der Stadt kritisiert habe: "Insgesamt bewertet das Kontrollamt die Kostenbeteiligung der Stadt an der Gestaltung des Riesenradplatzes als wirtschaftlich sinnvoll und zweckmäßig", betonte der Vorsitzende des zuständigen Gemeinderatsausschusses, SP-Gemeinderat Heinz Vettermann, in einer Aussendung.

"So liegen die Projektkosten laut Kontrollamt innerhalb der Bandbreite der Preisangemessenheit", so Vettermann weiter. Auch die erzielten Nettomietzinse bewerte das Kontrollamt als "angemessen."

Die Stadt habe ursprünglich 15 Millionen Euro für die Neugestaltung des Prater-Vorplatzes ausgegeben: "Dies hat das Kontrollamt auch als wirtschaftlich sinnvoll bewertet." Darüber hinaus seien vor kurzem zusätzlich knapp acht Millionen Euro für die von der Insolvenz des Generalunternehmers betroffenen Subunternehmer im Prater beschlossen worden - und zwar einstimmig im Wiener Gemeinderat. Alle Kosten darüber hinaus werden laut SPÖ aus den Pachteinnahmen der eingemieteten Unternehmen beglichen. Zum Thema Vergabe ist laut Vettermann festzuhalten, dass zum Zeitpunkt der Beauftragung die Rechtsansicht bestanden habe, "dass die Praterservice GmbH keine öffentliche Auftraggeberin ist", betonte Vettermann: "Dies ist so auch im Kontrollamtsbericht nachzulesen."

Rücktritt gefordert

Unterdessen haben nicht nur die Grünen, die den Prüfantrag eingebracht hatten, sondern auch die beiden anderen Oppositionsparteien den Rücktritt der zuständigen Stadträtin Grete Laska (SPÖ) gefordert. Auch wenn diese zuletzt festgestellt habe, dass ihr Rücktritt nicht zu Debatte stehe, "so wäre es spätestens jetzt nach dem Vorliegen des Kontrollamtsrohberichts hoch an der Zeit, dieses doch in Erwägung zu ziehen", befand der Kontrollamtssprecher der FPÖ-Wien, Wolfgang Jung, in einer Aussendung.

Der nicht amtsführende ÖVP-Stadtrat Norbert Walter sprach von einem "SPÖ-Sumpf" und forderte ebenfalls die Abberufung Laskas. Diese sei "völlig überfordert

Artikel vom 13.11.2008 14:40 | APA | thu